



Impressum:

Diese Zeitung wird herausgegeben von: ...ums Ganze! – kommunistisches Bündnis ViSdP: Marlies Sommer. Straße der Pariser Kommune 2, 10243 Berlin



STIFTUNG



Photocredits:

Photocredits:

S.3 – http://www.flickr.com/photos/bensonkua

S.5 – http://www.flickr.com/photos/brian-ana

S.7 – http://www.flickr.com/photos/zwartwoud

S.12 – http://www.flickr.com/photos/strassenstriche



Wer ist hier eigentlich verrückt?!

Es braucht keine Krise, um die Krise zu kriegen. Der Alltag ist schon schlimm genug: Notendruck in Schule und Uni, Konkurrenz um bescheuerte Jobs oder auch nur ein Praktikum, soziale Hierarchien und Tu-dies-tu-das wohin man schaut, Rassismus gegen Flüchtlinge und Migrant_innen – all das gilt in kapitalistischen Gesellschaften als völlig normal. Statt dass die Menschen solidarisch zusammenarbeiten und sich überlegen, was sie brauchen und wie sich das gemeinsam produzieren ließe, müssen wir gegeneinander um Chancen kämpfen. Und so verhalten wir uns dann auch: Ellenbogen, wohin man blickt. Das alles wird noch mal heftiger, wenn tatsächlich eine Wirtschaftskrise ausbricht – wenn kapitalistische Unternehmen massenweise Leute entlassen, Anlagen und Aktien über Nacht wertlos werden, wenn Schulden nicht mehr bezahlt werden können und die öffentliche Versorgung zusammengestrichen wird. Jede Wirtschaftskrise bedeutet irgendwo auf der Welt noch mehr Armut und Ausgrenzung.

Dieses Irgendwo ist aktuell zum Beispiel Griechenland. Die Bevölkerung ist dort binnen weniger Jahre heftig verarmt, und Tausende sind gestorben, weil das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist. Wer dort HIV oder Krebs hat, bekommt Medikamente nur noch im Endstadium. Obdachlosigkeit, Depressionen und Selbstmorde haben drastisch zugenommen. Die von der Europäischen Union erzwungenen Sparmaßnahmen – politische, also gewollte Maßnahmen – sorgen unter anderem dafür, dass die Säuglingssterblichkeit steigt und Diabetiker_innen zu wählen haben, ob sie sich lieber Insulin oder Lebensmittel kaufen.

Eine Krise kann jeder Idiot haben...

Aber ist Griechenland (oder Portugal, Spanien, Irland ...) nicht selbst schuld? Haben die nicht »jahrelang über ihre Verhältnisse« gelebt, wie es heißt? Eine beliebte Krisenerklärung, die aber wenig mit der Realität zu tun hat. Wahr ist bestenfalls, dass jahrelang riesige Kredite in diese Länder geflossen sind, weil sich Kapitaleigner, Banken und Investmentfonds davon gute Gewinne versprachen. Erst die weltweite Kreditkrise ab 2007, die am anderen Ende der Welt mit riskanten Hauskrediten und faulen Wertpapieren begann, hat dieses Wachstumsmodell zusammenbrechen lassen. Anleger interessierten sich dann nicht mehr für die schnellen Profitchancen, sondern suchten nach Sicherheit. »Krisenpolitik« bedeutet daher durchzusetzen, wer sich dafür krumm arbeiten soll, dass sich »die« Wirtschaft »erholt«. Weil Staaten auf Investitionen und Investor_innen wiederum auf stabile Staaten angewiesen sind, versuchen beide, die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen.

...was uns zu schaffen macht, ist der Alltag

So funktioniert Kapitalismus. Doch solche Notmaßnahmen lösen nicht das grundsätzliche Problem der kapitalistischen Wirtschaftsweise (siehe hierzu auch die anderen Texte dieser Zeitung). Darum geht es bei diesen Maßnahmen auch gar nicht. Es geht lediglich darum, das (welt-)wirtschaftliche Chaos im eigenen Einflussbereich ansatzweise in den Griff zu bekommen. Und worum es schon mal gar nicht geht, ist das möglichst gute Leben aller Menschen. Es ist schon absurd: Die Menschheit hat über

die Jahrhunderte so viele Dinge entwickelt, vom Geschirrspüler bis zum Macbook, die das Leben einfacher, besser, sicherer, angenehmer machen, so dass alle Menschen eigentlich weniger arbeiten müssten, und trotzdem profitiert nur ein kleiner Teil der Menschen von diesen Segnungen. Stattdessen geht es die ganze Zeit um »Wettbewerbsfähigkeit«, »Vertrauen der Märkte« bzw. dann im Alltag um »gute Noten«, einen »Plan im Kopf« und »Mensch Mädchen, mach keinen Scheiß«, damit aus uns auch ja was Richtiges wird – sprich: ein neuer Hamster in einem neuen Rad – damit der Irrsinn dieser Gesellschaft einfach weitergeht. Und noch mehr Autos, Waffen und anderer bekloppter Scheiß produziert wird. Und das wird uns dann auch noch als vernünftig verkauft.

Und was hat Griechenland jetzt mit uns zu tun?

Auch wenn hier noch alles rund zu laufen scheint: Das Prinzip, nach dem die Gesellschaft organisiert wird, ist hier und dort das gleiche: Konkurrenz, Wettbewerb, Ellenbogen. Und was mit Hartz IV bereits vor Jahren schon in Deutschland um- und durchgesetzt wurde, wird jetzt auch in anderen Ländern Europas zum Maßstab für erfolgreiche wettbewerbsorientierte Arbeitsmarktreformen gemacht. Darüber hinaus könnte die Krise, die in Griechenland herrscht, uns prinzipiell genauso treffen. Den Preis, den wir hier jetzt schon zahlen, ob als Schülerin, Student, Arbeitnehmerin oder Arbeitsloser, ist dabei ganz bestimmt nicht der gleiche wie in Griechenland (mal ganz zu schweigen von, sagen wir, Sierra Leone): Wir sterben nicht, weil die Gesundheitsversorgung zusammengebrochen ist (oder an Unterernährung). Doch auch wir kennen: Angst, Stress, Burnout, geplatzte Träume. Denn ob nun in Form von Eltern, Lehrer_innen, Vorgesetzten oder Politiker_innen: Sie alle sagen uns, dass es uns auch erwischen kann, wenn wir uns nicht anstrengen, den Gürtel enger schnallen - und ordentlich mit den Ellenbogen austeilen und nach unten treten. Damit sich Leistung lohnt, wir auch morgen und im Alter in Sicherheit leben können, und was sonst noch für Blabla ausgegeben wird, damit alles so weitergeht wie bisher. Und damit all diejenigen auf Abstand gehalten werden, die nichts vom Reichtum abbekommen sollen, weil sie zufällig nicht hier geboren wurden und keinen deutschen Pass haben. Letztes Jahr brachten afrikanische Flüchtlinge in Berlin ihr Anliegen auf den Punkt: »We come here, because you destroy our countries.« Auch wenn unsere Privilegien und Lebenschancen sicherlich ganz andere sind: Was unseren Alltag und das Elend der Welt verbindet, ist eben das gleiche Wirkungsprinzip: das ständige Auf und Ab, die Krisen der Wirtschaft, die ganze Gesellschaften verwüsten und nie wieder auf die Beine kommen lassen, die Kontrolle über unser Leben, das ganze egoistische Rennen, Rackern und Rasen für ein kleines Stück vom Kuchen. Diese ganze organisierte Traurigkeit hat einen Namen: Kapitalismus.

Warum am 18. März auf die Straße gehen?

Wir wollen all das nicht mehr. Wir wollen uns hier nicht durchwurschteln und um die Möglichkeit, kostenlos in Praktika zu arbeiten, konkurrieren. Wir landen in unsinnigen Jobs und ein unbefristeter Vertrag soll dann der Jackpot sein? Und gleichzeitig hämmert man uns ein, dass es uns noch zu gut ginge. Wir wollen auch nicht weiter zum von Menschen hergestellten Elend in Griechenland und andernorts schweigen.

Am 18. März gehen wir deshalb gemeinsam in Frankfurt vor der Europäischen Zentralbank auf die Straße. Wir wollen unsere Wut auf die Elendspolitik in Europa zeigen. Denn die EZB gibt nicht nur die Euroscheine aus und das nötige Kleingeld dazu. Die EZB ist einer der wichtigsten Player der kapitalistischen Ordnung in Europa. Es geht aber auch um die miserable Realität hinter der Krise. Der Versuch der deutschen Bundesregierung, der EU-Kommission und der EZB, den europäischen Kapitalismus zu sanieren und global an die Spitze zu bringen, bedeutet für uns und die meisten Menschen hier: mehr Druck und mehr Arbeit; mehr Bevormundung vom Amt; mehr Unsicherheit und Hetze; weniger Lohn, mehr rassistische Verteilungskämpfe. Und für immer mehr Leute in Europa längst auch Armut und Obdachlosigkeit.

Aber jeder Zipfel Realität, jede neoliberale Frechheit und jede Krise ist von Menschen erzeugt. Kapitalismus ist kein Schicksal und kein Naturgesetz. Menschen haben diese Verhältnisse gemacht, Menschen können sie auch verändern. Es ist an uns.

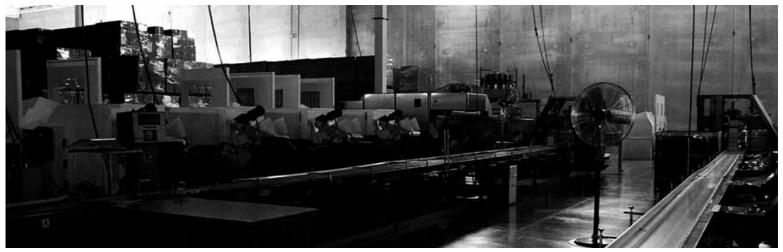
Deshalb lasst uns am 18. März nicht in die Schule, nicht zur Uni, nicht zur Arbeit gehen. Lasst uns zur Eröffnungsfeier der EZB auf die Straße gehen! Bring your wrecking ball! Die Leute, die sich da feiern und ihre beknackte Ratssitzung abhalten, haben das Ganze zwar nicht erfunden und sie sind auch nicht die »bad guys«. Aber sie sind wichtige Player im dümmsten Spiel der Welt. Wir wollen mit ihnen nicht über neue Regeln verhandeln, wir wollen dieses Spiel beenden.



Die Kuh ist vom Eis. Die Bundesregierung konnte ihre Visionen nahtlos umsetzen. Mit ihrem historischen Reformwerk, das nun in trockenen Tüchern ist, hat sie ein für allemal die Weichen gestellt. Indessen ist in der Bevölkerung die Schere zwischen Arm und Reich größer geworden. Dennoch muss die Regierung nicht zurückrudern. Der kleinere Koalitionspartner stärkt der Bundeskanzlerin nach wie vor den Rücken, indem er ihr den Rücken freihält, sodass sie weiter Rückenwind hat. Kritische Stimmen, die sich zunächst gemehrt hatten, warfen keinen Schatten auf die Regierungsbank, sondern gingen unter. Die Regierungsmannschaft bröckelt nicht, sondern hält weiter Kurs. Ein Bruderzwist ist nicht in Sicht. Fest steht: Über der Bevölkerung, die sich noch immer in einem Dornröschenschlaf befindet, obwohl sie massiv der Schuh drückt, wird weiter das Damoklesschwert Hartz IV schweben. Es bleibt also eine Zitterpartie. Doch das Zeitfenster, in welchem die Parteien akuten Handlungsbedarf nach weiterge henden Reformen anmelden können, bleibt weiterhin geöffnet. Die Parteien schnüren und bündeln hinter verschlossenen Türen schon neue Reformpakete Und es ist wohl mehr Peitsche als Zuckerbrot zu erwarten. Wenn die Zeichen nt bald ein zündender Funke überspringt der Zeit nicht erkannt und einen flä Volllabern lassen nd entfacht, wird der Widerstand, der ig nicht umgesetzt werden. Und wenn können Sie Reformmotor anwirft und grünes der Zug jetzt schon als abgefahren sich woanders n kann, dass Teile des außerparla

Dungle World

Wer braucht



Eine kleine große Geschichte der aktuellen Krise

Oberflächlich betrachtet entwickelte sich die bis heute anhaltende Wirtschafts- und Währungskrise der EU aus der US-Hypothekenkrise 2007/08. Staatsnahe Hypothekenbanken in den USA hatten jahrelang freigiebig Kredite auch an »unterklassige«, also finanzschwache Privathaushalte ausgegeben. Diese wurden vermeintlich abgesichert durch den damals steigenden Marktwert ihrer mit den Krediten gekauften Häuser. Als immer mehr dieser Privathaushalte ihre Kredite nicht abzahlen konnten, gerieten nicht nur die Hypothekenbanken in den USA in Zahlungsnot, sondern Geschäftsbanken weltweit. Denn viele jener »faulen« Immobilien-Schuldtitel waren inzwischen zu zinsträchtigen Wertpapieren zusammengefasst und auf dem globalen Finanzmarkt gehandelt worden. Als »Schrott-Anleihen« belasteten sie nun die Bilanzen von Banken, Versicherungen und Investmentfonds weltweit. Zudem war durch undurchschaubare Bündelung solcher Wertpapiere, allzu positive Beurteilungen durch Rating-Agenturen und komplizierte Rückkauf-Vereinbarungen völlig unklar, bei welcher Bank zu welcher Zeit welche Risiken lagerten.

Spätestens mit dem Bankrott der Investmentbank Lehmann Brothers war aber klar, dass auch große Bankhäuser nicht mehr sicher waren. Infolgedessen liehen sich die großen Geschäftsbanken untereinander kein Geld mehr, das internationale Kreditsystem stand vor dem Kollaps, die Industrieproduktion brach in Europa um 20 Prozent ein. In dieser Situation stützten ökonomisch starke Nationalstaaten wie Deutschland oder die USA ihre Banken und Unternehmen mit Notkrediten und bürgten für die Spareinlagen ihrer Bürger. Ökonomisch schwächere europäische Staaten konnten das nicht, das Kapital »flüchtete« aus diesen Ländern und diese Staaten mussten am Finanzmarkt hohe Zinsaufschläge zahlen. Manche Staaten sind so teilweise bis heute auf Stützzahlungen der EU angewiesen – verbunden mit rigorosen neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungsauflagen, die die Not von Millionen Menschen weiter zuspitzen.

Die US-Hypothekenkrise war zwar der Auslöser der jüngsten Krise. Doch ihre Ursache war sie nicht. Die Schelte gegen vermeintliche Exzesse des Finanzmarkts, gegen angebliche »Heuschrecken« und die unterstellte Gier von Manager_innen zulasten der sog. Realwirtschaft verkennt, wie »Realwirtschaft« und

Finanzkapital zusammenhängen. Auf riskante Finanzmanöver lässt man sich ja nicht leichtfertig ein. Im Gegenteil, es ist ein Symptom der Krise, dass der Finanzmarkt in den letzten 20 Jahren auf ein Mehrfaches der globalen Industrieproduktion angewachsen ist. Ebenso ist die Entwicklung hochspekulativer Anlagestrategien selbst ein Krisensymptom. Beides sind Reaktionen auf eine Krise der Verwertung – Verwertung ist durch die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise als Ganze gefordert. Denn gerade in hochindustrialisierten Nationalstaaten schwächeln seit Jahrzehnten die Renditen und Wachstumsraten. Und je schneller ein Land aufholt, desto schneller sinken die Renditen auch dort. Kritische Wissenschaftler_innen sprechen deshalb von einer »systemischen Überakkumulationskrise«: In den technisch und logistisch hochgerüsteten Kernstaaten des Kapitalismus ist bereits so viel Kapital in Maschinen und Infrastruktur angehäuft, dass jedes zusätzliche Wachstum umso mehr Investitionen verlangt. Resultat: Die Profitrate sinkt tendenziell.

Gegen diese Profitklemme gibt es mehrere Rezepte: Man kann Löhne und Sozialleistungen senken, die Arbeitszeit verlängern, die Arbeit intensivieren und flexibilisieren, man kann in Billiglohnländer ausweichen und neue Märkte erobern. Und man kann riskante Finanzprodukte entwickeln, die kurzfristig hohe Renditen abwerfen. Die ganze Sache hat nur einen kleinen Haken: Alle diese Maßnahmen verschärfen langfristig die Krisentendenzen, die sie eigentlich überwinden wollen...

Zum Weiterlesen:

Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit Eine Broschüre von ...ums Ganze! http://umsganze.org/media/Staatstext_web.pdf

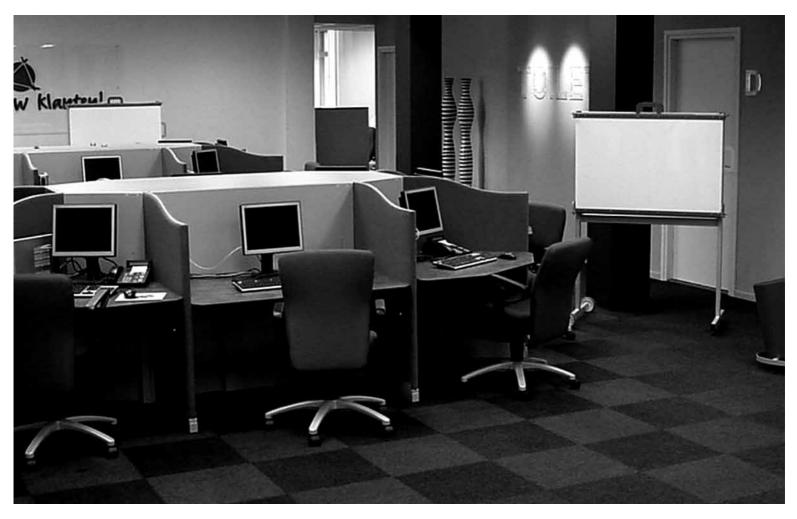
Straßen aus Zucker Politik, Kultur und Remmidemmi in 10 tollen Ausgaben http://www.strassenauszucker.tk

Rosa Luxemburg-Stiftung (Hg.)

Blackbox EZB: Macht und Ohnmacht der Europäischen Zentralbank.

http://www.rosalux.de/publication/40678/blackbox-ezb.html





FAQ: Die Europäische Zentralbank (EZB)

Was macht eigentlich die EZB und was unterscheidet sie von anderen Banken?

Als Zentralbank der Eurozone druckt die EZB den Euro und speist immer wieder neues Geld in die Wirtschaft ein. Sie versorgt die Geschäftsbanken des Euroraums mit Geld und steuert damit, wie viele Kredite die Geschäftsbanken vergeben können. Oberstes Ziel der EZB ist dabei die Sicherung der Geldwertstabilität des Euro. Das heißt, es geht ihr darum, durch die Steuerung der Geldmenge und die Festlegung der Leitzinsen Inflation und Deflation zu verhindern, damit der Euro als Währung nicht an Wert verliert bzw. nicht übermäßig aufgewertet wird. Dabei entspricht ihre Geldpolitik den Erfordernissen der Kapitalverwertung. Die Idee hinter einer besonders stabilen Währung ist, dass es damit international attraktiv wird, in dieser Währung Kredite zu vergeben oder zu investieren. Denn durch die Geldwertstabilität sind die Kredite und Investitionen vor Entwertung durch Inflation geschützt. Damit wird der Euroraum zu einem international beliebten Anlageziel. Indem die EZB diese gezielte europäische Geldpolitik betreibt, ist sie nicht einfach eine Geschäftsbank wie die Deutsche Bank, die Commerzbank oder die Sparkassen, sondern eine staatliche Einrichtung. Und da sie nicht an einen Nationalstaat gebunden ist, verstehen wir sie als »transnationalen Staatsapparat«.

Was ist das Besondere an der EZB als Zentralbank?

Die EZB verwaltet den Euro als gemeinsame Währung von derzeit 19 verschiedenen Nationalstaaten. Diese Nationalstaaten eint zwar die Währung und die EU als gemeinsamer Binnenmarkt, sie stehen aber im Hinblick auf Investitionen und Absatzmärkte in deutlicher Konkurrenz zueinander. Diese Widersprüchlichkeit gilt es durch die Geldpolitik der EZB zusammenzubringen. Damit die EZB nicht die Interessen eines einzelnen Staates, sondern das Gesamtinteresse Europas vertritt, ist sie laut Statut »unabhängig« von politischer Einflussnahme. Dazu gehört auch, dass die EZB beispielsweise durch den direkten Ankauf von Staatsanleihen von den Staaten prinzipiell nicht die Staatshaushalte einzelner EU-Staaten finanzieren darf. Das heißt, sie gibt kein Geld direkt an die einzelnen Staaten im Austausch gegen Staatsanleihen, sondern immer nur an Geschäftsbanken der einzelnen Länder raus. Das hat zur Folge, dass sich die einzelnen EU-Staaten Geld nur auf dem freien Markt (also bei den Geschäftsbanken und anderen Anlegern) leihen oder über Steuern besorgen können. Anders ist es zum Beispiel in den USA, wo der Staat bei Zahlungsengpässen seine Zentralbank anweisen kann, ihm Staatsanleihen abzunehmen und damit neues Geld zur Verfügung zu stellen. Das ist in der Eurozone nicht möglich. Und an diesem Prinzip hält die EZB auch unter dem Druck der Krise fest.

Nach welchen zentralen Grundsätzen handelt die EZB und welche Konsequenzen haben sie?

Hinter der Politik der EZB steht die neoliberale Ideologie, dass der Markt alles richten soll – auch die Geldwertstabilität. Ein Eingreifen des Staates gilt als marktverzerrend und als wirtschaftlich nicht nachhaltig. Dass sich die EU-Staaten nur an den freien Märkten Geld leihen können, bedeutet, dass sie für die Märkte attraktiv sein müssen. Attraktiv sein heißt in der kapitalistischen Logik wettbewerbsfähig sein, als Standort besser und gewinnversprechender zu sein als andere Nationalstaaten. Denn nur indem die Wirtschaftsfreundlichkeit und die Wettbewerbsvorteile des eigenen Staates unterstrichen werden, kann gegenüber den Banken für die eigene Kreditwürdigkeit geworben werden. Der Druck der Märkte wirkt so disziplinierend auf die Staaten. Und das ist ganz im Interesse der EU, die sich auf diese Weise als konkurrenzfähiger Wirtschaftsraum auf dem Weltmarkt präsentieren kann.

Konkret heißt das, dass im Rahmen des Projekts EU schon seit Jahren soziale Standards und soziale Rechte massiv abgebaut und eingeschränkt werden. Ob Hartz IV in Deutschland, das Schwächen der Arbeitnehmer_innenrechte in Frankreich oder die Kürzung der Arbeitslosenhilfe in Polen – überall versuchen die Staaten, Kosten für Löhne, soziale Einrichtungen und Bildung zu senken, um damit ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Im Zuge der Euro-Krise wird dieser soziale Kahlschlag immer extremer umgesetzt.

Was macht eigentlich die Troika im Zuge der Euro-Krise?

Erstmal: Was ist eigentlich die Troika? Die Troika setzt sich aus Vertretern der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EZB zusammen. Sie wurde anlässlich der Euro-Krise mit dem Ziel gegründet, die ins Wanken geratene Finanzstabilität der Eurozone aufrechtzuerhalten. Sie verhandelt mit europäischen Staaten wie etwa Griechenland, Spanien oder Irland, die durch die Krise in Zahlungsnot geraten sind, über Kredite. Die Troika legt die Sparauflagen fest, unter denen die Kredite aus den sogenannten Rettungsschirmen vergeben werden. Und auch die Einhaltung der Sparauflagen wird von der Troika strikt kontrolliert und überwacht.

Beispielweise konnte Griechenland seine Schulden nicht mehr zurückzahlen. Es konnte sich kein neues Geld leihen, da es keine Käufer für seine Staatsanleihen mehr fand. Mit den Rettungsmaßnahmen sollte ein Staatsbankrott verhindert und die Zahlungsfähigkeit erhalten werden. Dadurch wurde ermöglicht, dass Griechenland seine Schulden weiter bedient, also die Gläubiger weiter Geld erhalten. Eigentlich geht es somit um die Rettung der Gläubiger, die im Falle des Bankrotts leer ausgehen würden. So steht auch nur ein Bruchteil des Geldes aus den »Rettungspaketen« der griechischen Regierung unmittelbar zur Verfügung, der größte Teil geht direkt an die Gläubiger und das sind neben griechischen besonders deutsche und französische Banken.

Was sind die konkreten Auswirkungen der Troika-Politik?

Alle Kredite, die die Troika vergibt, sind an massive Sparauflagen geknüpft. Zu diesen Auflagen gehören vor allem drastische Einsparungen zur Sanierung der Staatshaushalte. Durch die Sanierungen soll den Staaten »geholfen« werden, sich wieder fit für den Markt zu machen. In der Regel sparen die Staaten, indem vormals staatliche Bereiche privatisiert, die Ausgaben für Staatsbedienstete gesenkt (es gab Lohnkürzungen und Entlassungen) und die Sozialausgaben (also bei Renten, Arbeitslosenhilfe und im Bereich Gesundheit) drastisch reduziert werden. In Griechenland hat diese Sparpolitik beispielsweise zur Folge, dass die Säuglingssterblichkeit seit Beginn der Krise um 43 Prozent gestiegen ist. Auch die Zahl der Obdachlosen ist um 30 Prozent angewachsen. Und die Jugendarbeitslosigkeit liegt mittlerweile bei über 50 Prozent.

Welche Bedeutung hat die EZB innerhalb der Troika?

Auch wenn die EZB selbst gern betont, in der Troika formell nur »Berater« zu sein, ist sie in der Praxis doch ein klarer Akteur der Krisenpolitik. Offiziell heißt es im Vertrag zur Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus, dass die Europäische Kommission »im Benehmen mit der EZB und nach Möglichkeit mit dem IWF« die an die Finanzhilfe gebundenen Auflagen auszuhandeln und zu überwachen hat. Konkret heißt das, dass die EZB bei der Ausarbeitung der Hilfsprogramme und bei der Kontrolle der Sparmaßnahmen gemeinsam mit der EU-Kommission und dem IWF maßgeblich beteiligt ist. Denn von ihren Bewertungen hängt es ab, welche Maßnahmen die Staaten durchsetzen müssen, um Geld zu bekommen. Und auch an den Kontrollen der Umsetzung der mit den Krediten verbundenen Auflagen ist die EZB aktiv beteiligt. Damit ist die EZB für die Verarmung und die Sparpolitik in Europa direkt mitverantwortlich.

Was ist die Idee der EZB hinter dem Programm zum massiven Ankauf von Staatsanleihen?

Das Anfang 2015 eingeleitete Programm besteht darin, dass die EZB Staatsanleihen auf dem Markt erwirbt, also nicht etwa direkt von den Staaten, wie häufig behauptet wird. Dadurch erhalten die Banken neues Geld. Die Hoffnung ist, dass die Banken mit dem neuen Geld williger sind, Kredite an Unternehmen zu vergeben und dass dadurch die Wirtschaft wieder angekurbelt wird. Ob die Banken wirklich Kredite an Unternehmen vergeben werden, ob sie das Geld anderswo anlegen oder ob sie es bloß zur Refinanzierung nutzen, kann die EZB nicht steuern. Außerhalb der Macht der EZB liegt auch, ob Unternehmen überhaupt Kredite aufnehmen. Hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit der EZB-Politik: Sie pumpt zwar einerseits Geld in die Wirtschaft, mit dem aber andererseits niemand etwas Sinnvolles machen kann, weil es in einer durch Sparpolitik brachliegenden Wirtschaft keinen Anreiz gibt, zu investieren. Damit kommt sie einer Lösung der Krise keinen Schritt näher, im Gegenteil: Sie macht damit die Krise zu einem Dauerzustand.

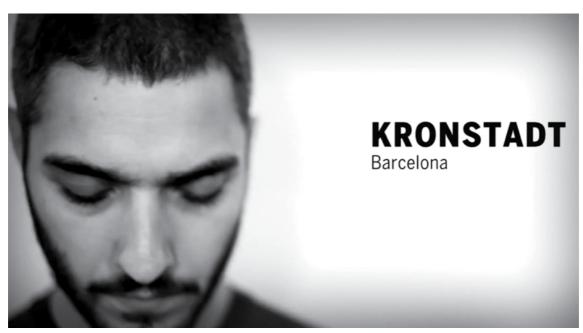
Sweet talking

»The future is still unwritten«

Eine Frage an drei Rapper Sweet Talking mit den Rapacts Kronstadt (Barcelona), Daisy Chain (Thessaloniki) und Refpolk (Berlin)

Mit »The future is still unwritten« haben drei Rapacts aus unterschiedlich von der Eurokrise betroffenen europäischen Ländern – Kronstadt aus Barcelona, Daisy Chain aus Thessaloniki sowie Refpolk aus Berlin – ein musikalisches Vernetzungsprojekt gestartet. Song und Video thematisieren sowohl die Krise als auch die Bewegungen in den verschiedenen Ecken des Kontinents und zeigen eine gemeinsame Perspektive auf.

In eurem Track »The future is still unwritten« geht es um die aktuelle Lage und soziale Kämpfe in Zeiten der Krise in Europa. Wie seht ihr die Situation?



Kronstadt: Das Problem ist der Kapitalismus, und die Krise ist nichts anderes als eine seiner Konsequenzen, ein systeminterner Prozess, durch den der Kapitalismus erneuert und seine Zwänge verstärkt werden. Aber wenn wir unter dieser Oberfläche noch etwas weiter herumstochern, so ist für mich das Problem jede Form von Herrschaft und Unterdrückung. Es gibt einige Formen der Unterdrückung und Autorität, die dem Kapitalismus lange vorausgingen, wie etwa der Staat oder das Patriarchat, und diese können auch in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft überdauern. Für mich macht es daher wenig Sinn, das ökonomische System zu verändern, wenn dies nicht durch einen radikalen Wandel der gesamten Organisation der Gesellschaft begleitet wird. Es gibt ja wirklich so manche autoritäre und unterdrückerische Deutungsweise des Lebens, aus denen sich ebenfalls eine Positionierung gegen den Kapitalismus ergibt – den Faschismus, den autoritären Kommunismus, oder allgemein in der Offenheit des Begriffs eben auch die politische Linke – und ich glaube, dass Autoritäre und Autoritäten Feinde eines grundlegend gleichberechtigten Kampfes sind. Das einzig Neue, das die Eurokrise gebracht hat, ist, dass auch die Mittelschicht auf die Straße geht, weil sie ihren Wohlstand gefährdet sieht. Wenn diese Leute ihre Kaufkraft zurückgewonnen haben, vergessen sie womöglich auch wieder die Millionen Hungertoten, die kapitalistischen Plünderungen der Lebensgrundlagen und auch den Staatsterrorismus. Die Zukunft ist unsere, die der Menschen, wir halten sie in unseren Händen, und alles, was nicht von uns selbst ausgeht, wird sich gegen uns wenden.



Refpolk: Auch ich denke, dass es nicht bloß eine einzige Ursache für die Eurokrise, die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, die Krise des Kapitalismus und so weiter gibt. Für mich ist »die Krise« in ihrer dramatischen Vielfalt auch die Möglichkeit, die Zusammenhänge von Unterdrückungsverhältnissen in den Blick zu nehmen. Ich denke da an geschlechtliche Arbeitsteilung, Migration von Arbeit oder auch die Frage, wie wir im Alter leben wollen. Dieser Blick ist mir auch deswegen so wichtig, weil er schaut, wo verschiedene Kämpfe zusammenkommen können und nach Gemeinsamkeiten sucht. Wenn Daisy Chain, Kronstadt und ich aus unseren unterschiedlichen Lebensumständen und nationalen Kontexten heraus »the future is still unwritten« sagen, dann steckt für mich darin genau dieses Zusammenkommen. Auch ein Song wie »the future is still unwritten« entfaltet nur seine Wirkung mit einer entsprechenden globalen Bewegung, die sich zumindest auf ein paar Punkte wie Antikapitalismus und die Ablehnung von autoritären Krisenlösungen einigen kann.



Daisy Chain: Ich glaube, wir müssen verdammt schnell sein – sonst wachen wir eines Tages auf und stellen fest, dass wir nichts mehr ausrichten können, weil wir einfach zu spät sind. Jede und jeder sollte jetzt handeln, auf die Weise, wie es ihr und ihm möglich ist – und das Wichtigste ist dabei zunächst, dass wir die Beziehungen zwischen uns verbessern. Wir müssen uns vertrauen können, müssen aufgeschlossen sein und uns gegenseitig helfen.

Das ganze Interview: www.strassenauszucker.tk

Mitmachen? Mitmachen!

Wenn am 18. März 2015 der neue Hauptsiz der EZB mit viel Pomp eröffnet werden soll, sind wir natürlich mit von der Partie.

Im neuen Gebäude im Frankfurter Ostend soll vormittags ein Festakt mit dem Präsidium der EZB, den Chefs der nationalen Zentralbanken, dem Bürgermeister der Stadt Frankfurt und weiteren Gästen stattfinden. Danach trifft sich dort der erweiterte EZB-Rat – das höchste Gremium der EZB –, um über weitere Maßnahmen zur Rettung ihrer Euro-Ordnung zu entscheiden. Auch hier wollen wir ordentlich Sand ins Getriebe streuen.

Mit Tausenden Menschen aus unterschiedlichen Spektren und aus ganz Europa wollen wir diese Eröffnung stören, indem wir ab früh morgens den Neubau der EZB mit Massenblockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams lahmlegen. Lasst uns den kapitalistischen Alltag in Frankfurt für einen Tag unterbrechen!

Kein Applaus für Scheiße!

Den ganzen Tag über wird es in der Frankfurter Innenstadt Kundgebungen, Kulturprogramm und Aktionen geben.

Ab 17 Uhr findet dann eine internationale Großdemonstration statt – gegen die EZB und die deutsche Ordnung, die sie repräsentiert.

Deshalb: Nehmt am 18.3. Urlaub, feiert krank, schwänzt die Schule oder kommt einfach so!



Face the players, fight the game!

MORGENS: BLOCKIEREN!
NACHMITTAGS: DEMONSTRIEREN!

